

Die Gemeinde Altenstadt erläßt auf Grund des Art. 23 der Gemeindeordnung vom 25.1.1952 (BayBS I S. 461) und des Art. 52 Abs. 3 des Bayer. Strassen- und Wegegesetzes v. 11.7.58 (GVBL. S. 147) folgende

## S a t z u n g

über die Strassenbenennung und Hausnumerierung.

### A. Strassennamen und Beschilderung

#### § 1

Die Namen der Strassenzüge werden vom Gemeinderat bestimmt.

#### § 2

Die Strassen- und Strassenhinweisschilder werden auf Kosten der Gemeinde beschafft, angebracht und unterhalten.

#### § 3

Die Grundstückseigentümer und die sonst an einem Grundstück dinglich zur Nutzung berechtigten, sowie deren bevollmächtigte Vertreter müssen dulden, daß an ihren Häusern oder auf ihren Grundstücken Strassen- oder Strassenhinweisschilder angebracht oder aufgestellt werden.

### B. Hausnumerierung

#### § 4

Bebaute Grundstücke sind nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen von den Verpflichteten mit der von der Gemeinde zugeordneten Hausnummer ortlich zu kennzeichnen.

§ 5

- 1) Die Verpflichtung nach § 4 trifft
  - a) den Grundstückseigentümer und den Eigenbesitzer (§ 872 BGB)
  - b) jeden, der sonst an einem Grundstück dringlich zur Benützung berechtigt ist, insbesondere den Erbbauberechtigten und den Nutz - Nießbraucher,
  - c) bei der Vermietung oder Verpachtung eines ganzen Grundstückes den Mieter oder Pächter.
- 2) Als Eigentümer gilt, wer als solcher im Grundbuch eingetragen ist. Wenn Miteigentum besteht, ist jeder Miteigentümer verpflichtet.
- 3) Ist ein nach Abs. 1 b) Verantwortlicher vorhanden, so trifft die Verantwortung den Grundstückseigentümer oder Eigenbesitzer nicht. Im übrigen ist dann, wenn mehrere Personen verpflichtet sind, jeder verantwortlich.

§ 6

- 1) Hausnummern werden auf Antrag zugeteilt, wenn das Gebäude im Rohbau hergestellt ist. Wird ein Antrag nicht spätestens bis zur Bezugsfertigkeit des Bauwerbers gestellt, so kann die Gemeinde eine Hausnummer von Amts wegen zuteilen.
- 2) Für Grundstücke mit geringfügigen Bauwerken, die ausschließlich anderen als Wohnzwecken dienen, oder für einzelne solcher Bauwerke werden Hausnummern nur zugeteilt, wenn für die Postzustellung oder sonstwie ein öffentliches Interesse oder Bedürfnis besteht.
- 3) Andere Verfahren, vor allem die der Bau, Feuer- und Wohnungsaufsicht, werden durch die Zuteilung einer Hausnummer nicht berührt.

§ 7

- 1) Liegen Gebäude nicht unmittelbar an der Straße, oder befinden sich Hauseingänge rückwärts, so kann dem

Verpflichteten zur Auflage gemacht werden, an geeigneter Stelle an oder nächst der Straße auf seine Kosten ein Hinweisschild aufzustellen oder anbringen zu lassen.

- 2) Ist es zur Anbringung oder Aufstellung eines derartigen Hinweisschildes notwendig, ein fremdes Grundstück zu benützen, so muß der Eigentümer bzw. dinglich Berechtigte des fremden Gebäudes oder Grundstückes dies dulden.
- 3) Für die Beschaffung, Anbringung und Instandhaltung der Hinweisschilder gelten §§ 8, 9 und 10 entsprechend.

#### § 8

- 1) Im Interesse einer einheitlichen Ausgestaltung der Hausnumerierung ist das vom Gemeinderat als Muster beschlossene Nummerschild mit Straßennamen zu verwenden.  
Abweichungen von diesem Muster in besonders gelagerten Fällen bedürfen der Genehmigung des Gemeinderates.
- 2) Die Beschaffung der Hausnummerschilder erfolgt durch die Gemeinde gegen Erstattung der Kosten durch den Verpflichteten.

#### § 9

- 1) Das Nummernschild muß an der Straßenseite des Gebäudes, über oder unmittelbar neben dem Hauseingang, angebracht werden. Befindet sich der Hauseingang nicht an der Straßenseite, so hat die Anbringung des Nummernschildes an der dem Hauseingang nächstliegenden Ecke des Gebäudes nach der Straßenseite hin zu geschehen. Das Hausnummernschild darf nicht höher als 2.20 m über dem Boden angebracht werden.
- 2) Die Schilder müssen von der Straße aus deutlich sichtbar sein. Die Sichtbarkeit darf insbesondere nicht durch Bäume, Sträucher, Vorbauten, Schilder oder Schutzdächer behindert werden.

3) Bei einem Vorgarten ist das Hausnummerschild am Eingang des Vorgartens zweckentsprechend anzubringen, sofern es am Haus selbst nicht gut sichtbar angebracht werden kann.

§ 10

Die Hausnummern- und Hinweisschilder müssen stets in gutem Zustand erhalten werden. Schwer leserlich oder unleserlich gewordene Schilder sind zu erneuern.

C. Zwangsmaßnahmen

§ 11

Handelt der Verpflichtete den Bestimmungen dieser Satzung zuwider, so kann der Gemeinderat nach vorheriger schriftlicher Androhung und nach Ablauf einer Frist von 2 Wochen die erforderlichen Handlungen auf Kosten des säumigen Verpflichteten vornehmen lassen.

§ 12

Diese Satzung tritt eine Woche nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt des Landratsamtes Schongau in Kraft.

Altenstadt, den 26. April 1961

Gemeinde Altenstadt



(S. Ochler)  
Bürgermeister

Die Satzung wurde am 30. April 1961 in der Gemeindekanzlei zur Einsichtnahme niedergelegt. Hierauf wurde durch Anschlag an allen Gemeindetafeln hingewiesen.

Die Anschläge wurden am 1. Mai 1961 angeheftet und am 16. Mai 1961 wieder entfernt.

Altenstadt, den 20. Mai 1961



Gemeinde Altenstadt

(S. Ochler)  
Bürgermeister